



Hünenberg, 12/ November 2011

Altlasten erledigen

17 unterschiedlichste Vorstösse (Motionen, Postulat und Interpellationen) waren zu erledigen, welche teilweise in den letzten Sitzungen aus Zeitmangel nicht behandelt werden konnten. Sollen die Bürgergemeinden für die Einbürgerungsgespräche klar festgelegte Gesprächsleitfäden erhalten oder nicht. Die Motion von drei SVP Kantonsräte wollten noch weitere zwingende Kriterien festgelegt haben. Die Regierung konnte in ihrer Antwort aufzeigen, dass die bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben von allen Instanzen (Bund, Kanton und Gemeinden, inkl. Bürgergemeinden) sehr gut eingehalten werden. Die Motionäre wollen jedoch den Ermessensspielraum der entscheidenden Gremien gänzlich streichen. Wie wird denn Straffälligkeit interpretiert? Gilt diese bei rechtsgültiger Verurteilung, wenn alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft sind oder wenn die Staatsanwaltschaft eine Anklage einreicht? Hier haben wir ein aktuelles Beispiel eines Gemeinderates, dass diese Grenzziehung je nach Auslegung unterschiedlich erfolgen kann. Die gleichen Überlegungen müssen bei den anderen Kriterien (geordnete finanzielle Verhältnisse, genügende Sprachkenntnisse) angestellt werden. Bei der Sprache sollen verbindliche Kenntnisse verlangt werden. Dafür setzt sich die SP seit Jahren ein. Dazu brauchen die Bürgergemeinden jedoch keine fixe Checkliste.

Das Thema „Ärztmangel und Förderung Hausarztmedizin“ beschäftigte den Rat ein weiteres Mal, nachdem die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. In der Zwischenzeit wurden weitere wichtige Entscheidungen für diese Förderung getroffen. Die SP war damit einverstanden, dass der Vorstoss abgeschrieben wird. Trotzdem zeigten wir auf, dass die Regierung und im speziellen die Gesundheitsdirektion weitere Ideen umsetzen könnte (Ärztehaus, Darlehen, finanzielle Anreize). Der Gesundheitsdirektor erklärte, dass er die Idee des Ärztehauses eher skeptisch beurteile, jedoch bestimmt weitere Überlegungen



seinem Nachfolger übergeben würde. Etwas unüblich ergriff Hubert Schuler nach dem Regierungsrat erneut das Wort. Er zeigte auf, dass im Kanton Zug bereits ein Ärztehaus besteht und dieses vom Kanton betrieben würde. Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste in Baar beweisen, dass ein Ärztehaus gut funktioniert.

Das Stipendienwesen im Kanton Zug könnte verbesserte werden. Leider verpasste es die Regierung hier die nötigen Reformen aufzunehmen. In der lauen Antwort wird aufgezeigt, dass das angewendete System gut und wirksam sei. Im schweizerischen Vergleich befindet sich der Kanton Zug jedoch am Schlusslicht (Anzahl Stipendienbeziehende und ausbezahlter Betrag pro berechnete Person). Aussagekräftige Zahlen wurden nicht genannt, diese wären aber wichtig, um die Wirksamkeit beurteilen zu können.

Welches Mandat soll der Regierungsrat dem Axpo-Verwaltungsrat RR Tännler erteilen? Die beiden Kantone Zug und Glarus teilen sich ein Verwaltungsratssitz. Deshalb sprechen sie sich in der Strategie auch ab. Positiv ist, dass sich Baudirektor Tännler freiwillig an das Mandat der Zuger Regierung halten will (gemäss Obligationenrecht müsste er das nicht). Weiter positiv ist, dass die Atomstromstrategie des Bundesrates unterstützt wird. Trotzdem fordert die SP, dass die Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 sofort abgeschaltet werden. In Beznau befinden sich die gleichen Reaktoren, welche in Japan die verheerende Katastrophe mit der Verseuchung von Boden, Wasser und Luft und unsäglichen menschlichen Leiden auslösten. Können wir als Politikerinnen und Politiker diese Verantwortung tragen?